

2.5 Eine reformierte oder eine neue, direkte Demokratie?

Wenn »Uns kein Politiker repräsentiert« und »Die Straße uns gehört«, dann liegt die Idee einer demokratischen Legitimität darnieder. Zudem legt das bereits klassische Empörtenmotto, »Zu wenig Brot für zu viele Diebe« eine antipolitische Einstellung offen, die an die neapolitanische Taxigewerkschaft erinnert. Solche Vorstellungen, gepaart mit Liedern von Lluís Llach oder die Erinnerung an Martin Luther King, offenbaren, wie heterogen die protestierende Menge ist und wie widersprüchlich die Auffassungen sind, die sie verfißt.

(Barbeta in *La Vanguardia*, 20.6.2011)

Das Zitat des Journalisten Jordi Barbeta in seiner Chronik der Empörtenproteste in der konservativen Zeitung *La Vanguardia* steht beispielhaft für eine Kritik, die sich von Anfang an gegen die Indignados richtet: Ihre politischen Vorstellungen seien eklektisch, wenn nicht sogar antipolitisch. Auf den Straßen und Plätzen sei eine wirre Menge zusammengekommen, die heterogene Forderungen erhebe – von der Abschaffung der Monarchie, über eine radikale Fiskal- und Steuerreform hin zur anarchistischen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. Und in der Tat trifft diese Einschätzung teilweise zu. Der Empörungsausbruch von 2011 vereint verschiedenste Subjektivitäten, Kollektive und ideologische Vorstellungen. Wie sich aber bereits herausstellte, teilen die Indignados durchaus einen gemeinsamen Horizont. Dieser kreist vornehmlich um die binäre Gegenüberstellung eines demokratischen Volkssubjekts gegen die despotischen Eliten. Dadurch geschieht das, was Errejón (2011: 136) als eine *populistische Umstrukturierung* der Gesellschaft bestimmt. Die Komplexität des modernen, funktional differenzierten Spaniens wird durch den Empörungsdiskurs radikal vereinfacht und symbolisch in eine Ordnung verwandelt, in der es nur noch »unten und oben« gibt. Die vielen, die unten stehen, werden von den wenigen, die oben stehen, beherrscht. Dieses Gesellschaftspanorama disloziert die hegemoniale Selbstbeschreibung Spaniens als ein differenziertes, entpolitisiertes und (wirtschafts-)liberales Land, wie sie die Kultur der Transition sedimentierte. Die gehörige Resonanz des Empörungsdiskurses erklärt sich darin, dass er die ökonomische und soziale Krisenrealität Spaniens gleichzeitig intelligibel macht *und* als politisierbares Narrativ reartikuliert.¹⁸ Die Krisenverliererinnen

18 In dieser Hinsicht ist eine kulturalistische Leseart des Empörungszyklus, wie sie diese Studie vorschlägt, einer materialistischen Leseart, welche die Bedeutung der Wirtschaftskrise als politisierendes Moment betont, nicht per se entgegengesetzt (anders als Rodríguez 2016 oder Chamorro 2018). Vielmehr kann erstere letztere ergänzen. Der spezifische Mehrwert einer kulturalistischen Perspektive besteht darin, zu fragen, wie Spaniens Wirtschaftseinbruch diskursiv als politisierbare

werden politisch reaktiviert und als der eigentliche Souverän konturiert. Er steht außerhalb der angeblich korrumpierten Repräsentationsorgane auf Straßen und Plätzen, um dort eine wahre Demokratie einzuklagen.

Diese populistische Geste ist für den Empörungsdiskurs zentral. Aber er erschöpft sich nicht in ihr. Das sich artikulierende Diskursgefüge dreht sich parallel um ein reichhaltiges Demokratieideal, das dieser Schritt rekonstruiert. Dafür sind die Forderungskataloge der beiden großen Versammlungen der Indignados im Spätfrühling 2011 aussagekräftig, die auf der Puerta del Sol in Madrid und die auf der Plaça Catalunya in Barcelona verabschiedet wurden. Zur Einordnung sei betont, dass der Forderungskatalog der Madrider Versammlung am 20. Mai 2011 auf dem frühen Hochpunkt der Proteste entsteht und von mehr als 25.000 Teilnehmenden beschlossen wird. Das Papier sendet kurz vor den Kommunal- und Regionalwahlen in ganz Spanien (und damit auch in Madrid) am 22. Mai 2011 eine klare Signalwirkung: Wir, die Indignados, können Forderungen artikulieren, die sich an die Codes des politischen Systems anpassen. Demgegenüber kommt der Forderungskatalog in Katalonien einen Monat später zustande (20.6.2011). Er wird nur von circa 1.000 Beteiligten diskutiert und beschlossen. Sie haben ein »deutlich linksalternatives Profil« (Judith, Interview 18.9.2014). Zudem steht der Catalunya-Katalog unter einem verschobenen politischen Vorzeichen. Hier ist schon klar, dass bei den Maiwahlen vorwiegend konservative Parteien gesiegt haben, in Barcelona wie in Katalonien und Spanien. Ebenso hat der polizeiliche Räumungsversuch der Plaça Catalunya am 28. Mai und besonders die Aktion vor dem Parlament Kataloniens am 15. Juni, die »Belagerung des Parlaments«, die öffentliche Wahrnehmung der Indignados getrübt (Kap. III.1).

So erscheinen in den Forderungskatalogen zwar ähnliche, doch anders akzentuierte Positionen. Gerade dieses Spannungsverhältnis ist aufschlussreich, repräsentiert es doch anhand zweier wichtiger Stichproben das Schwanken des Empörungsdiskurses zwischen reformerischen und direktdemokratischen Strängen (vgl. Taibo 2011: 49–57, Valdivielso 2012: 476f.). Im Zentrum beider Dokumente stehen beide Male je zwei Knotenpunkte: Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Die jeweilige semantische Aufladung dieser Knotenpunkte fällt gleichwohl sehr verschieden aus. Worin Unterschiede und Ähnlichkeiten beider Forderungskataloge bestehen, das kann eine Feinanalyse beider Dokumente herausarbeiten.

Forderungskatalog der Asamblea der Puerta del Sol (Madrid) Das Dokument, das die Versammlung an der Puerta del Sol erarbeitet, umfasst insgesamt 16 Forderungen und wird am 20. Mai 2011 verabschiedet. Es wird mit »@acampadasol – Movimiento #15M« unterzeichnet (AcampadaSol 2011). Diese Selbstbezeichnung zeigt auf, dass sich bereits wenige Tage nach dem Zustandekommen der Platzbesetzungen die Menge auf dem Platz als eine kohärente Bewegung oder eben als ein Zeltlager beschreibt. Sie hat einen historischen Ursprung (15-M als Akronym für 15. Mai 2011, das Startdatum der Proteste), einen räumlichen Angelpunkt (die Puerta del Sol, der Hauptplatz Madrids), sie ist aber auch eine

Krise artikuliert und zum Ausgangspunkt einer neuen Gegenhegemonie gemacht wird. Eine Gegenhegemonie, die *nicht* von der ökonomischen Lage prädestiniert wird, sondern erst durch a priori offene – jedoch weder geschichts- noch strukturlose – Artikulationspraktiken hervorgebracht wird.

medial im Internet verortete Kollektivität, wie At-Zeichen und Hashtag offenlegen. Das Ensemble von Zeichen, Praktiken und Körpern, dessen Natur als Diskursgefüge weiter unten noch klarer hervortreten wird, stilisiert sich hier bereits in seiner symbolischen Außendarstellung als *ein* Diskurs oder, wenn man so will, als *eine* kollektive Identität (vgl. Rucht 2011b: 28).

Hinsichtlich der Forderungen sticht hervor, dass sie sich um ein alternatives Modell des politischen Systems drehen. Der Sol-Katalog zielt indes nicht auf eine vollkommen andere politische Ordnung, sondern auf eine Umgestaltung der repräsentativen Institutionen. So lautet die erste Forderung: »Eine Veränderung des Wahlgesetzes, damit die Listen offen sind und ein einziger Wahlbezirk für das ganze Land besteht. Der Erhalt von Abgeordnetensitzen soll proportional zur Stimmanzahl sein.« (AcampadaSol 2011) Die erste Forderung einer Bewegung, die oft als »antipolitisch« und »anarchistisch« (s.o.) bezeichnet wird, dreht sich um ein reformerisches Anliegen. Die *Überarbeitung des Wahlgesetzes* samt offener Wahllisten und eines einzigen spanienweiten Wahlbezirks zielt darauf ab, die Dominanz der beiden Volksparteien PP und PSOE zu brechen und es kleinen – und neuen – Parteien zu vereinfachen, im Parlament Fuß zu fassen. Hiermit wird eine grundsätzliche Dynamisierung der Repräsentationsverhältnisse angestrebt. Zudem nimmt mit der Imperativform »soll« (im Spanischen: *debe*) die Versammlung eine autoritative Position ein. Es wird nicht gewünscht oder nahegelegt, sondern gefordert, wie Spaniens Politik beschaffen sein müsste. Eine Umdrehung der Sprecherpositionen geht vonstatten. Sie fügt sich in das Upside-down-Szenario ein, das den Empörungsdiskurs auszeichnet. Die Indignados werden zu Gesetzgebern, sie machen die Politik, welche die abwesenden Berufspolitikerinnen nicht in Angriff nehmen. Insofern wirkt die Forderung nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, sie wirkt identitätsverändernd und ermächtigend. Es sind die Protestierenden, die mit Blick auf das Gemeinwohl die Institutionen reformieren.

In eine ähnliche Richtung zielen zwei weitere Forderungen, Nummer fünf und sechs des Dokuments. An erster Stelle Nummer fünf: »Reform der Arbeitsverhältnisse der politischen Klasse, um die lebenslänglichen Renten abzuschaffen. Die politischen Programme und Vorschläge sollen bindenden Charakter besitzen.« (Ebd.) Die Kategorisierung als »politische Klasse« macht die Berufspolitikerinnen zu einem so abgekoppelten wie privilegierten Kollektiv, nur um im Anschluss eine Veränderung der Arbeitsverhältnisse dieses Kollektivs zu fordern. Auch hier fällt die reformerische Geste auf. Es wird auf eine Neuausrichtung des Politikerdaseins gepocht, um dieses an die Durchschnittsbürgerinnen heranzuführen (»lebenslängliche Renten abschaffen«) und eine gewisse Verlässlichkeit und Moralität zu gewährleisten (»bindender Charakter« von Programmen). Selbiges gilt für Forderung Nummer sechs, nur dass sie eine schärfere Semantik wählt: »Ablehnung und Verurteilung der Korruption. Das Gesetz muss dazu verpflichten, saubere Wahllisten zu präsentieren, in denen niemand antritt, der wegen Korruptionsfälle verurteilt oder angeklagt worden ist.« (Ebd.) Im Grunde wird etwas gefordert, was für eine funktionierende Demokratie eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste – in

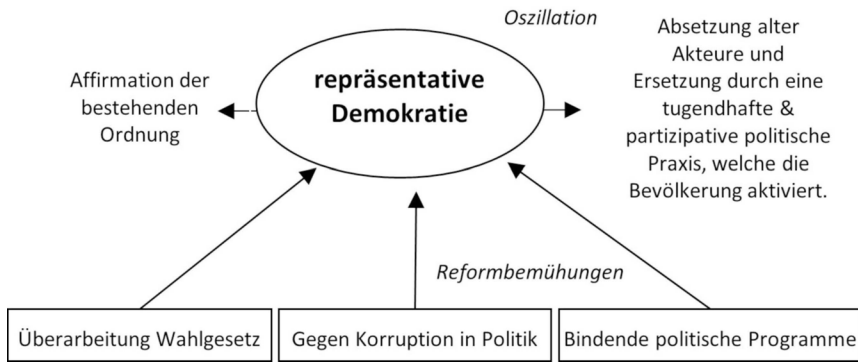
Spaniens *código penal* (Strafgesetzbuch) jedoch 2011 noch nicht explizit ausgeführt wird.¹⁹ In diesem Sinne hat diese Forderung einen vornehmlich moralischen Charakter, sie betont, wie die gute politische Ordnung beschaffen sein müsste. Der gesetzliche Rahmen müsse demnach unmissverständlich markieren, was gelingende und was misslingende Formen der politischen Praxis sind.

Den Schritt über die repräsentative Demokratie hinaus macht nur eine Forderung. Es ist Nummer neun: »Partizipative und direkte Demokratie, an der sich die Bürgerschaft [*ciudadanía*] aktiv beteiligt. Allgemeiner Zugang [*acceso popular*] zu den Kommunikationsmedien, die ethisch und wahrheitsverpflichtet sein sollen.« (Ebd.) Die Forderung stellt eine Äquivalenz her zwischen einer neuen Form der politischen Entscheidungsfindung (partizipative Demokratie) und einem demokratischeren Informationsmodell (offene, ethische und wahrheitsverpflichtete Medien). Beides, eine andere politische Praxis und eine andere Kommunikationspraxis, wird als grundlegend betrachtet, um eine andere spanische Demokratie zu errichten. Zentralerweise wird nicht wie oben eine tugendhaftere Praxis der Berufspolitikerinnen eingefordert, sondern eine grundsätzlich *neue Praxis*, die unter dem Vorzeichen einer großflächigen Aktivierung steht: Die Bevölkerung als Ganze soll an der reformierten spanischen Demokratie teilhaben und diese mitgestalten können.

Damit sind die Forderungen erfasst, die sich in dem Madrider Forderungskatalog zu einer Äquivalenzkette verdichten, die sich unter den Knotenpunkt der Demokratie stellen lässt. Dieser Signifikant erhält eine doppelte Ausrichtung. Zum einen bejaht er grundsätzlich die Institutionen der repräsentativen Demokratie, er möchte aber deren Dysfunktionalitäten korrigieren und sie grundsätzlich so dynamisieren, dass sie verstärkt die Partizipation der Bürgerinnen zulässt. Zum anderen birgt gerade dieser reformerische Impetus ein identitätsverändernden Impetus. Die Empörten besetzen die Position, die eigentlich den professionellen Politikern zustände. Die Protestierenden nehmen die Subjektposition als Gesetzgeber ein, jedoch nicht, um diese schlicht zu ersetzen, sondern an die Stelle der abgehobenen Identität »Berufspolitikerin« eine neue, partizipative politische Praxis zu setzen. So oszilliert der Knotenpunkt »Demokratie« zwischen der grundsätzlichen Bejahung der repräsentativen Institutionen und ihrer reformerischen Umbesetzung, um sowohl eine tugendhaftere als auch eine partizipativere politische Praxis zu instituieren. Das Schaubild stellt diese grundsätzliche Bewegung dar:

19 Dies ändert sich 2015, als unter dem Druck der Korruptionsfälle und dem Aufkommen neuer Parteien eine Ergänzung der betreffenden Artikel im *código penal* stattfindet, die politische Korruption explizit anführt.

Abb. 10: Der Knotenpunkt »Demokratie« im Forderungskatalog der Versammlung auf der Madri-der Puerta del Sol (20.5.2011)



Neben dem Signifikanten »Demokratie« steht im Forderungskatalog der Sol-Versammlung die soziale Gerechtigkeit als zweiter Schlüsselsignifikant im Zentrum. Der Sol-Katalog hält soziale Rechte hoch, er plädiert für einen gestärkten Sozialstaat. Von den insgesamt 16 Forderungen drehen sich fünf um explizit soziale Reformen. Effektiv geltende soziale Rechte, starke Arbeitnehmerrechte, ein härteres Vorgehen gegen die Finanzakteure oder die Bekämpfung der Privatisierung lassen sich, so der Duktus, nur unternehmen, wenn der Staat gegenüber dem Markt gestärkt und die sozial Schwachen gegenüber den Eliten verteidigt werden.

Trotz eines egalitären Grundpathos bleibt die Rhetorik des Kataloges grundsätzlich gemäßigt. Die Forderungen entbehren eine radikal antikapitalistische Semantik und bemühen sich um einen sozialstaatlichen Duktus. Forderung Nummer sieben verdeutlicht es:

Plurale Maßnahmen gegenüber dem Bankenwesen und den Finanzmärkten unter Einhaltung des Artikels 128 der Verfassung, der festlegt, dass der »ganze Reichtum des Landes in seinen verschiedenen Formen und unabhängig von seiner Inhaberschaft dem Allgemeininteresse unterordnet ist«. Minderung der Macht der EZB [Europäische Zentralbank] und des IWF [Internationaler Währungsfonds]. Sofortige Nationalisierung all jener Banken, die der Staat retten musste. Verschärfung der Kontrollen über die Finanzoperationen und ihre Akteure, um jegliche Missbräuche zu vermeiden. (AcampadaSol 2011)

Die stichwortartige Aufzählung der Maßnahmen vermittelt eine konzise Botschaft: Ein demokratisches Gemeinwesen muss die Macht der Banken und Finanzakteure beschränken. Solch eine Einhegung wäre zwar eine radikale Wende gegenüber der aktuellen Politik, im Manifest erscheint sie aber als Folge von Verfassungsprinzipien. Mithilfe der Wendung »unter Einhaltung des Artikels 128 der Verfassung« wird erreicht, dass die Maßnahmen gegen die Finanzbranche als gleichsam juristische Angelegenheit erscheinen – als unumgehbare Gesetzesanwendung, die den nationalen Reichtum dem Allgemeinwohl unterordnet. Analog zu den Plattformen im Terrain der Wohnpolitik

(Kap. III.2.c), wird hier eine *immanente* Argumentation gewählt, welche die geltenden Gesetze als normatives Mittel gebraucht, um sie gegen einen als ungerecht gedeuteten Zustand zu wenden. Die Aufzählung der weiteren Maßnahmen (Minderung der Macht der EZB und des IWF, Nationalisierung aller geretteten Banken, verschärfte Kontrollen der Finanzoperationen) erzeugt eine Kausalkette zur ersten Maßnahme, alle Forderungen scheinen eine Folge der Einhaltung des Verfassungsartikels 128. Die finanzkritischen Maßnahmen verlieren dadurch ihren partikularen Charakter, sie werden zu selbstverständlichen Eingriffen des demokratischen Rechtsstaates gegen die Finanzakteure. Es zeichnet sich eine hegemoniale Operation ab: Die Indignados fordern konkret das ein, was der demokratische Rechtsstaat verspricht, doch nicht realisiert. Damit werden die politischen Eliten kritisiert, *ohne* das politische System als Ganzes zu delegitimieren. Parallel dazu reaktiviert der Bezug auf die Verfassungsartikel den Staat in seiner Wohlfahrtsfunktion.

Diese gleichsam sozialdemokratische Geste darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dem Sol-Katalog zufolge durchaus auch gewisse Gesetze reformiert oder sogar abgeschafft werden sollen. Das zeigt Forderung Nummer drei: »Abschaffung der ungerechten und diskriminierenden Gesetze und Maßnahmen wie den Bologna-Prozess und den europäischen Bildungsraum, das Ausländergesetz oder die sogenannte Ley Sinde.« Bereits mit den Adjektiven »ungerecht« und »diskriminierend« werden die in Rede stehenden Gesetze – darunter die schon behandelte *Ley Sinde* zur Regulierung der Internetnutzung – abgewertet und zur Gefahr für das Gemeinwohl stilisiert. Der Souverän, der über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit dieser Gesetze entscheidet, befindet sich nicht in den Repräsentationsorganen des Staates, er *ist* die Empörtenversammlung auf der Madrider Puerta del Sol.

Der Forderungskatalog operiert mit einem impliziten Antagonismus zwischen einer *demokratischen Legitimität* auf der einen Seite und einer *illegitimen Legalität* auf der anderen. Auf der einen stehen Grundsätze der Verfassung, die zentral für das allgemeine Wohlergehen sind (vom Recht auf Wohnen über die Trennung von Staat und Kirche hin zur Unterordnung des Reichtums unter das Gemeinwohl), auf der anderen befinden sich Gesetze, die diesem Wohlergehen zuwiderlaufen. Dass »gerechte« wie »ungerechte« Maßnahmen formal (meist) den gleichen Rechtsstatus besitzen, spielt bei diesem Raisonement keine Rolle. Entscheidend ist die Frage, welche Gesetze implizit als legitim und welche als illegitim gedeutet werden. Um diese Auswahl zu legitimieren, wählen die Madrider Empörten eine spezifische rhetorische Strategie. Sie berufen sich auf Verfassungsartikel, um ihre Position als allgemeingültig und unstrittig in Szene zu setzen. Freilich kommt diese immanente Verteidigung eines (wichtigen) Teils des politischen Systems um den Preis einer Selbstbegrenzung, mit der manche Indignados hadern dürfen. Wer entlang der Verfassung argumentiert, mag eine prinzipielle Legitimitätsaura auf seiner Seite haben, er verzichtet aber dafür auf das Pathos der revolutionären Neugründung.

Forderungskatalog der Assemblée der Plaça Catalunya (Barcelona) Der Forderungskatalog, den die Empörtenversammlung auf der Plaça Catalunya am 20. Juni 2011 verabschiedet, ist grundsätzlich anders gelagert als der Sol-Katalog. Zunächst macht sich dies in der reinen Länge des Dokuments bemerkbar. Gegenüber den knappen zwei Seiten des Ma-

druider Dokuments umfasst der Catalunya-Katalog acht Seiten mit ebenso vielen Forderungen – und Unterforderungen – sowie sogar einem Epilog. Das Dokument ist kein reiner Forderungskatalog, sondern artikuliert im Stil eines Manifests empathisch ein neues Kollektivsubjekt. Das offenbart schon die Einleitung: »Wir sind auf die Straße gegangen, haben die Isoliertheit unserer partiellen und individuellen Kämpfe hinter uns gelassen, um sie gemeinsam und mit kollektiver Begeisterung anzugehen [*afrontar-les conjuntament*].« (AcampadaCatalunya 2011) Unmissverständlich wird eine kollektive Subjektivierung zu einer Wir-Identität konturiert, durch welche vormalis isolierte Artikulationspraktiken als nun universalisierte und sich affizierende (»mit kollektiver Begeisterung«) erscheinen. Die Einleitung in das Manifest ist dabei bezeichnenderweise nicht im Präsens, sondern im Perfekt verfasst. Damit gelingt eine semantische Materialisierung, die den Forderungen zusätzliche Durchschlagskraft verleiht. Sie lautet: Die Schaffung eines neuen Kollektivsubjekt auf dem Platz ist *bereits* gelungen.

Von den acht Oberthemen des Forderungskataloges fokussieren nur die siebte (»Gemeinschaftliche Beteiligung bei der Funktionsweise der öffentlichen Institutionen«) und die achte (»Abschaffung der Privilegien von Politikern, Gewerkschaftern und religiösen Vertretern«), institutionelle Reformen des politischen Systems. Zwar werden auch bei den anderen, sozial orientierten Forderungen (zu Arbeitsverhältnissen, Wohnen, Bankenwesen, Steuern usw.) politische Fragen mitangeschnitten – doch sie bleiben meist bloß Teilmaßnahmen unter anderen. So etwa, wenn innerhalb der Forderung Nummer eins, »Arbeit«, mit einer von insgesamt 14 Unterforderungen verlangt wird, »das Kürzungspaket von Renten, sozialen Hilfen und Gehältern der Beamten zurückzunehmen, in Katalonien die Llei Òmnibus²⁰ aufzuheben«.

Wie besetzt der Catalunya-Katalog den Signifikanten der Demokratie? Bei den beiden Forderungen (Nr. 7 und 8), die sich explizit auf die institutionelle Politik beziehen, wird nicht so sehr eine alternative Vision präsentiert als vielmehr der Ist-Zustand kritisiert. So delegitimiert der erste Unterpunkt von Forderung Nummer sieben mit dem Titel »Beteiligung« das bestehende Wahlgesetz:

Nein zum aktuellen Wahlsystem. Wir wollen gleiche Bedingungen, um anzutreten und die Mittel zu gebrauchen, die für eine Kampagne notwendig sind. Die Zeit, um in den Medien die eigenen politischen Positionen vorzustellen, muss sich auf alle gleichmäßig verteilen. Die vormaligen Wahlergebnisse dürfen dabei genauso wenig eine Rolle spielen wie die Tatsache, ob es das erste Mal ist, dass sich eine Kandidatur präsentiert (dasselbe gilt, wenn für den weißen Stimmzettel oder die Enthaltung geworben wird). (AcampadaCatalunya 2011)

Anders als beim Sol-Katalog, der ein erneuertes Wahlsystem vorschlug, zeichnet die Passage einen ambitionierteren Reformanspruch aus. Von der Mittelvergabe für neue Kandidaturen über den medialen Fokus bis hin zur Frage, wie mit Optionen umzugehen

20 So wurde ein Gesetzespaket der konservativen katalanischen Regionalregierung genannt, das Ende 2011 verabschiedet wurde. Es forcierte weitreichende Privatisierungsmaßnahmen des Gesundheits- oder Energiesektors sowie weitgehende Sparmaßnahmen in anderen Bereichen wie der Kultur.

sei, die sich der Wahl prinzipiell widersetzen – so gut wie alle Mechanismen des Politiksystems müssen neu verhandelt werden. Es wird keine reformierte oder verbesserte, sondern eine *andere, radikaldemokratische* Demokratie postuliert. Doch wie sich diese verwirklichen lässt, bleibt in der Schwebe. Die rhetorische Leitstrategie des Catalunya-Katalogs ist der radikale Bruch mit dem politischen Ist-Zustand. Das bestehende politische System wird in Frage gestellt – im Stil des ersten Satzes des Zitats mit seinem unmissverständlichen Partikel (»Nein zum aktuellen Wahlsystem«) – und ein diametral entgegengesetzter Gesellschaftsentwurf hochgehalten.

Die Unterpunkte von Forderung Nummer sieben »Beteiligung« verstärken diese Botschaft, sie drehen sich um die Frage, wie in Spanien Referenden zentraler werden könnten:

- »Zwingende und verbindliche Referenden.
- Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung aller Völker der Erde, wie es in der UN-Charta festgehalten ist, und damit des katalanischen Volkes [*del poble català*].
- Referendum über die Staatsform (Monarchie oder Republik)« (AcampadaCatalunya 2011).

»Zwingende und verbindliche Referenden«, wie sie im Katalog verlangt werden, kämen im spanischen Staat mit seinen äußerst eingeschränkten direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten einem systemischen Umbruch gleich. Vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass dieses Instrument – wie im zweiten Punkt angekündigt – dazu dient, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf dem gesamten spanischen Territorium zu verwirklichen, um das katalanische Volk, und so potentiell das baskische oder galizische, über seine Unabhängigkeit abstimmen zu lassen (Ähnliches wird Podemos später fordern, dazu: Kap. V.3.d). Ein derartiges Referendumsinstrument würde nicht nur die territoriale Ordnung, sondern die gesamte Staatsform in Frage stellen: Die Abstimmung über die Frage, ob Spanien Monarchie oder Republik sein solle, würde am Grundkonsens der demokratischen Transition rütteln. Damals einigten sich alle großen Parteien, inklusive der Kommunisten, auf die konstitutionelle Monarchie (Kap. II.2.a).

Die Referendumsforderung verdeutlicht, dass die Indignados auf der Plaça Catalunya eine explizite *Bündnisbildung* mit anderen Protestbewegungen betreiben. Sowohl die Frage der Selbstbestimmung als auch jene der Republik sind traditionelle Positionen der katalanischen Unabhängigkeitslinken sowie ebenfalls der gesamtspanischen Linken. Zudem betont die Einleitung in das Dokument, dass man die Vereinigung mit anderen Kräften suche und sich deren Forderungen in Fragen von »Arbeit, Studium, Gender, Migration, Globalisierungskritik, der Selbstbestimmung der Völker [...]« (ebd.) offensiv aneigne.

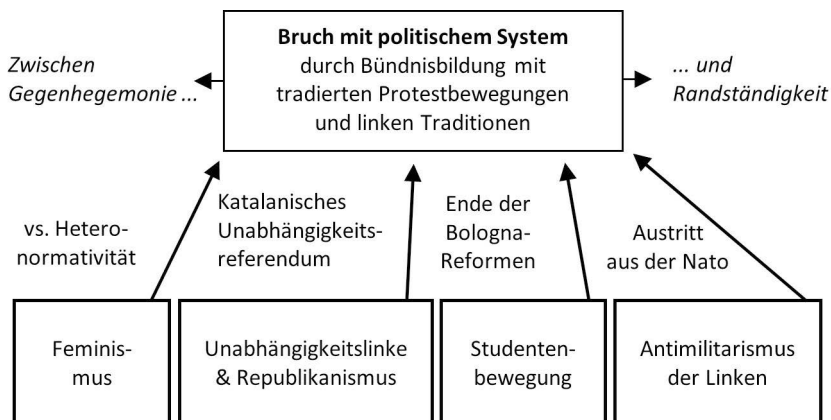
Diese Koalitionsbildung äußert sich in verschiedenen Politikfeldern. So wird in der Innen- und Verteidigungspolitik eine klassische Forderung der Friedensbewegung der 1980er Jahre aufgenommen: »Der sofortige Rückzug spanischer Truppen aus dem Ausland, unabhängig vom Zweck ihres Einsatzes. Desgleichen Beendigung der militärischen Kooperation mit der NATO.« (Ebd.) Diese Forderung schreibt sich in die antimilitaristische Tradition der spanischen Linken ein, die 1986 mit den Mobilisierungen gegen Spaniens Nato-Beitritt begann.

Dasselbe gilt für das Feld der Genderpolitik. Die Forderung lautet, dass »eine Genderperspektive alle Normen, Handlungen und Politiken der Gesellschaft« durchziehen müsse und eine Gesellschaft anzustreben sei, in der »alle Familientypen und Formen des Zusammenlebens ihren Platz haben und Heteronormativität bekämpft wird« (ebd.). Der Gebrauch von spezifisch codierten Kategorien wie »Genderperspektive«, »sexistische Gewalt« oder »Heteronormativität«, die für den Feminismus zentral sind, darüber hinaus aber – wir schreiben das Jahr 2011 – nur eine begrenzte Reichweite besitzen, zeigt, dass die Bündnisbildung zu anderen sozialen Bewegungen nicht automatisch eine gesellschaftliche Mehrheit konstruiert. Diese Bündnispolitik ist eine riskante Diskursstrategie, da sie rasch als linksradikal gebrandmarkt und dementsprechend aus der Sphäre der legitimen politischen Positionen ausgegrenzt werden kann.

Die Empörten der Plaça Catalunya stellen folglich Spaniens Politiksystem diametral in Frage, indem sie sich diskursiv mit sozialen Bewegungen verbünden und in die Tradition der politischen Linken einschreiben – die Folge ist ein Projekt, das zwischen dem eigenen Mehrheitsanspruch und seiner Ausgrenzung seitens der hegemonialen Akteure schwankt.

Dieses Oszillieren zwischen Ausgrenzung und Mehrheitsanspruch zeigt Abbildung 11:

Abb. 11: Äquivalenzkette von Kollektiven im Forderungskatalog der Versammlung auf der Plaça Catalunya (20.6.2011)



Der Catalunya-Katalog gebraucht, so ist festzuhalten, eine klar aktivistische Semantik, der Text nimmt klare, oft kontroverse Positionen ein. Doch obschon deutlich wurde, dass die Indignados der Plaça Catalunya mit dem bestehenden politischen System brechen wollen, ist noch nicht klar, welches Demokratiemodell sie vertreten. Viele der Forderungen des Sol-Kataloges werden zwar auch in Barcelona artikuliert: Die Kritik an den angeblichen Privilegien der Repräsentanten sowie an deren Korruption, am ungerechten Wahlsystem oder der Privatisierungspolitik wird genauso artikuliert wie die Forderung nach einer effizienteren Gewaltenteilung, nach mehr institutioneller Transparenz oder einer Stärkung des Wohlfahrtsstaates. Anders als im Madrider Papier drehen sich diese

Maßnahmen jedoch *nicht* darum, die bestehende repräsentative Demokratie zu verbessern, sondern diese durch eine andere Demokratie zu ersetzen.

Diese Alternative wird im sogenannten »Epilog« des Textes ausgeführt:

Die gemeinschaftliche Kontrolle nach dem Vorbild der Selbstorganisation der Bewegung der Empörten und des Protestcamps in Barcelona muss zum Werkzeug werden, um das ökonomische, politische und soziale System zu verwandeln. Nur so lässt sich die Schwäche der kommunalen und parlamentarischen Repräsentanten gegenüber den unverschämten Eliten an der Macht kontrollieren.

Des Weiteren muss sich diese gemeinschaftliche Kontrolle auch deshalb entfalten, weil sie nötig ist, um Prozesse der Selbstorganisation in Versammlungen und Kommissionen, Dörfern und Vierteln sowie an Arbeits- und Studienplätzen in Gang zu setzen. So wird die gemeinschaftliche Kontrolle zur Basis und zum Instrument der zukünftigen Gesellschaft. (Ebd.)

»Die gemeinschaftliche Kontrolle« ist das Schlüsselkonzept des Zitats. Im ersten Abschnitt dient es dazu, das Verhältnis von Repräsentanten und Repräsentierten umzudrehen. Den Repräsentanten wird die politische Agency abgesprochen und den Empörten zugewiesen. Die »demokratische Selbstorganisation« der Empörten auf den Plätzen dient als Vorbild einer *direkten* Demokratie, die in allen Gesellschaftsbereichen (»in Versammlungen und Kommissionen, Dörfern und Quartieren [...]«) angestrebt wird. Der wiederholte Gebrauch des Imperativs (»muss«) unterstreicht, dass diese direktdemokratische Selbstorganisation die einzige Möglichkeit ist, um die Gesellschaft insgesamt wirksam zu verändern. Die eigentliche politische Macht beruht nicht auf den Repräsentanten, sie geht von basisdemokratischen Versammlungen aus. Sowohl der Begriff der »Gemeinschaft« als auch die Auflistung der zahlreichen Orte, an denen idealerweise diese Versammlungen stattfinden müssten, zeigen auf ein *anwesenheitszentriertes* Demokratiemodell. Es ist eine Form Demokratie, die auf einer unmittelbaren, oder mit Isabell Lorey (2020: 14) gesagt, »präsentistischen« politischen Praxis gründet, bei der Demokratie zu einer fortwährend zu erprobenden Existenzweise aufsteigt. Hier kommen Entscheidungen nicht durch angeblich verzerrende Repräsentationsmechanismen zustande, sondern durch die Kooperation der gemeinsam an einem Ort anwesenden Subjekte. Erst kollektive Deliberationspraktiken, die in Situationen der Ko-Präsenz politische Entscheidung fällen, zeichnen ein wahrhaft demokratisches Gemeinwesen aus.

Diese Form der Rätedemokratie, die im Catalunya-Katalog mit dem Signifikanten »gemeinschaftliche Kontrolle« umschrieben wird, veranschaulicht, dass das scheinbar lockere Zusammenkommen auf den Plätzen eine sehr ernstzunehmende Stoßrichtung birgt. Die Versammlung erscheint als *der* Gegenentwurf zur Elitenherrschaft (deren Despotismus mit dem Adjektiv »unverschämt« unterstrichen wird). Dabei ist die gemeinschaftliche Kontrolle, welche die Versammlung ausübt, Mittel wie Zweck des artikulierten Gesellschaftsentwurfs. Die direkte Demokratie, die angeblich auf den Plätzen bereits realisiert wird, ist der Pfeiler der »zukünftigen Gesellschaft«, sie ist das große Ziel, das es anzustreben gilt. In dieser Vision verschwimmen die bestehenden politischen Institutionen. Diese treten nur noch mittelbar als ein rechts- und vor allem wohlfahrtsstaatliches Bollwerk gegen die Elitendespotie auf. Ein reformiertes Politiksystem könnte den Wandel flankieren, antreiben tun ihn jedoch die Versammlungen. Das demokratische

Souverän konstituiert sich nicht mehr durch Repräsentationsverhältnisse in Parlamenten, es konstituiert sich durch eine kollektive Praxis unmittelbar in Versammlungen, die, dem Anspruch nach, die gesamte Gesellschaft durchziehen.

Abschließender Vergleich der Forderungskataloge von Madrid und Barcelona Wo die Indignados aus Madrid am 20. Mai 2011 einen tendenziell prägnanten und reformistischen Text mit einem hohen Identifikationspotential für Außenstehende verabschieden, wird just einen Monat später in Barcelona ein grundsätzlich anderer Maßnahmenplan entfaltet. Die Darstellung hat verdeutlicht, dass sich der Catalunya-Katalog in verschiedensten Politikbereichen von der Gleichstellung über die internationale Politik und das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens positioniert. Der Grund für diese *extensive* Forderungskette liegt in dem, was Fominaya (2014: 9f.) die »movement culture continuity« der Indignados nennt. Etablierte Protestbewegungen wie der Feminismus, die katalanischen Unabhängigkeitsbewegung oder die Hausbesetzerbewegung bestimmen zusehends die Dynamik der Empörtenproteste, besonders in Katalonien. Demzufolge soll der breite, zuweilen eklektische Forderungskatalog weniger öffentlich wirken als vielmehr für interne Kohäsion sorgen. Er soll möglichst unterschiedliche Identitäten und Positionen aufnehmen und als äquivalente Forderungen artikulieren. Die Indignados sind eine neue, zunächst schwer einzuordnende Bewegung. Sie schreiben sich aber im Fall Barcelonas ausdrücklich in das bestehende Feld der außerparlamentarischen Linken ein.

Auf diese Weise zeichnen sich in den Sol- und Catalunya-Katalogen *gegensätzliche Demokratiemodelle* ab. Während die einen (Sol) die repräsentative Demokratie reformieren wollen, ihre Institutionen und Verfahren von Dysfunktionalitäten zu befreien suchen, plädieren die anderen (Catalunya) für eine direkte Demokratie, die prinzipiell auf Repräsentation verzichtet. Bei den katalanischen Indignados avanciert die Versammlung zum Dreh- und Angelpunkt eines neuen, nun durchweg demokratischen Gemeinwesens. Die Position ist, dass demokratische Prozesse nicht delegiert werden können, sondern direktdemokratisch ausgehandelt werden müssen. Das Ideal ist eine Räte Demokratie, die eine politische Deliberations- und Entscheidungspraxis in alle soziale Sphären, auch die der materiellen Reproduktion, einführt.

Das politische System wird somit strenggenommen überfällig, seine Erhaltung erscheint nur noch als eine instrumentelle Notwendigkeit, um über einen funktionierenden Sozialstaat soziale Gerechtigkeit sicherzustellen; es ist nicht mehr eine normativ schützenswerte Institution. Der Signifikant Demokratie wird im Catalunya-Katalog als direktdemokratische Demokratie reartikuliert. Ein »präsentistisches« Demokratiemodell im Sinne Loreys (2020) nimmt Gestalt an. Für dieses sind Repräsentationsmechanismen bestenfalls eine Verzerrung und schlimmstenfalls ein Herrschaftsvehikel der Eliten gegenüber einem souveränen Volkssubjekt, das in einer Myriade von Versammlungen zusammenkommt, um im arendtschen Sinne gemeinsam zu handeln.

Demgegenüber wird im Sol-Katalog eine eher reformorientierte Kritik formuliert, welche die bestehende Ordnung immanent reformieren will. Dafür wird zum einen eine Sprache des Kampfs um Rechte mobilisiert, die in der Verfassung verankert sind – etwa das Recht auf Wohnen oder auf Gesundheitsversorgung – und die es nun endlich zu verwirklichen gelte. Zum anderen wird auf Reformen des politischen Systems gepocht, um durch eine effektive Gewaltenteilung, mehr Partizipationsmöglichkeiten oder die sozi-

alstaatliche Eindämmung der Wirtschafts- und Finanzakteure dessen Dysfunktionalität zu überwinden. Im Sol-Katalog werden damit die leeren Signifikanten der Demokratie und Gerechtigkeit gleichranging ins Zentrum gestellt und sozialreformerisch umbesetzt. Nicht eine grundsätzlich neue, sondern eine verbesserte repräsentative Demokratie steht am Horizont.

Die beiden Forderungskataloge postulieren, so bleibt zu resümieren, zwei verwandte, doch nicht gleichartige Gesellschaftsentwürfe. Der eine dreht sich um ein utopisches Modell der direkten Demokratie (Barcelona), der andere gebärdet sich pragmatischer als Reform der bestehenden Ordnung (Madrid). Die Demokratie ist der zentrale Knotenpunkt der Empörung. Doch das Ideal einer Demokratisierung der Gesellschaft, dessen unstrittiger Ausgangspunkt die Kritik an der aktuellen politischen Repräsentation und dem bestehenden Austeritätsregime ist, schwankt zwischen dem Reformanspruch der repräsentativen Institutionen und deren totaler Ablehnung im Zeichen einer präsentistischen Demokratie. Beide Seiten, die reformerische und die direktdemokratische, zeichnen den Ausbruch der Empörung im Frühjahr 2011 aus. Beide äußern sich lautstark auf Spaniens zu Zeltlagern geworden Plätzen.

3 Empörung auf dem Platz, Diskurs in der Praxis

Anhand der Versammlungen des Protestcamps auf der Plaça Catalunya in Barcelona wird sich jetzt zeigen, wie der Empörungsdiskurs nicht nur in politischen Textsorten wie Manifesten oder Forderungskatalogen wirkmächtig wird, sondern sich zudem *von unten* durch die Praktiken auf den Plätzen ausbreitet. Dafür greife ich auf die öffentlich zugänglichen Verlaufsprotokolle zurück, die auf dem Barcelona-Camp erstellt werden. Sie dokumentieren einen Diskurs, dessen Produktion, mit Foucault gesagt, kaum kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird. Die Mitschriften enthalten die Beiträge und Praktiken einer Menge, die aus verschiedensten Motivationen – ob aus Wut über die herrschenden Zustände, Begeisterung für die neue Protestbewegung oder bloße Neugierde – an den Versammlungen teilnimmt, sich in Kommissionen und Arbeitsgruppen einbringt oder sich in Debatten zu Wort meldet. Was die Diskursanalyse von unten rekonstruiert, ist ein in den Protokollen dokumentiertes Praxisgeschehen, das sich einer übergeordneten Diskurslogik, einem *master signifier* oder einem konstitutiven Antagonismus zu entziehen scheint.

So reizvoll es für den Forscher ist, sich Texte vorzunehmen, die so nah am Fluss der Praxis stehen, dass Diskursanalyse zur Diskursethnographie avanciert, so schwierig gebärdet sich das Unterfangen, das Nicht-Ordnungsbare zu ordnen, die Diskursanalyse von unten als kohärente Panoramadarstellung zu lancieren, die weder dem Hang der Übersystematisierung noch jenem der reinen Beschreibung erliegt. Um die Protokolle aufzuarbeiten, gliedere ich die Analyse entlang von drei Ebenen: Ich fokussiere erstens die *Form der Protokolle*, zweitens die *Organisation der Versammlung* und drittens den *Empörungsdiskurs* als solchen. Diese Ebenen stellen bloße analytische Unterscheidungen dar, welche die Sichtung des Empörungsdiskurses erleichtern. Der Fokus auf die Protokollform unterstreicht, dass das Medium, in dem sich der Diskurs äußert, diesem nicht äußerlich bleibt, sondern etwas über dessen konkrete Realisierung als Praxis aussagt.